

Die catilinarische Beschwörung

Neues wurde im Altertum schlechtgeredet:
Wie politische Innovation trotzdem möglich
war, untersuchte eine Tagung in Rostock.

In einer erstaunlich wenig beachteten Passage erzählt der Geschichtsschreiber Livius, ein Zeitgenosse des Augustus, wie die Römer mehr als vierhundert Jahre zuvor zur ersten und bis in die Spätantike einzigen Kodifikation großer Teile ihres Rechts gekommen seien. Nach neuerlichem Streit zwischen Patriziern und Plebejern, so heißt es im dritten Buch von „Ab urbe condita“, wird beschlossen, erstmals die bestehenden Vorschriften und Verfahren für alle Bürger sichtbar aufzuzeichnen und dabei auch zu verbessern. Nach Rückkehr einer Gesandtschaft aus Athen, die sich dort über die Gesetze Solons informiert, erarbeitet eine Zehn-männerkommission ein Gesetzgebungs-werk auf zunächst zehn Tafeln. Sie beruft dann das Volk zu einer Versammlung ein und fordert es auf, die Vorschläge zu lesen. Nach Kräften habe sie „für alle, hoch wie niedrig, gleiche Rechtsbestimmungen geschaffen, doch Verstand und kluge Rat-schläge vieler hätten größeres Gewicht. Die Bürger sollten daher jeden einzelnen Punkt bei sich überdenken, dann mit anderen darüber sprechen und vorbringen, was ihnen bei jeder Bestimmung zu weit oder nicht weit genug gehe. Das römische Volk werde solche Gesetze haben, dass es scheinen könne, als hätten alle Bürger übereinstimmend nicht etwa ihnen vorgelegte Gesetze beschlossen, sondern sie selbst in Vorschlag gebracht.“ Als die Bestimmungen hinreichend verbessert schienen, wurden die Gesetze der zehn Tafeln in der abstimmdenden Volks-versammlung förmlich beschlossen.

Mit Blick auf das ansonsten bei den Römern geläufige Gesetzgebungsverfahren erscheint eine derartige Umsetzung einer Theorie kommunikativen Handelns *avant la lettre* historisch ganz unmöglich. Livius dürfte den Ablauf so geschildert haben, um die Neuerungsqualität und damit die Bedeutung der wenig später noch um zwei Tafeln ergänzten Fixierung, des berühmten Zwölftafelgesetzes, hervorzuheben, war dieses doch, so seine leise gegen-wartskritische Bilanz, „auch jetzt noch, bei dem ungeheuren Wust an aufeinandergerettürnten Gesetzen, die Quelle alles öffentlichen und privaten Rechts“.

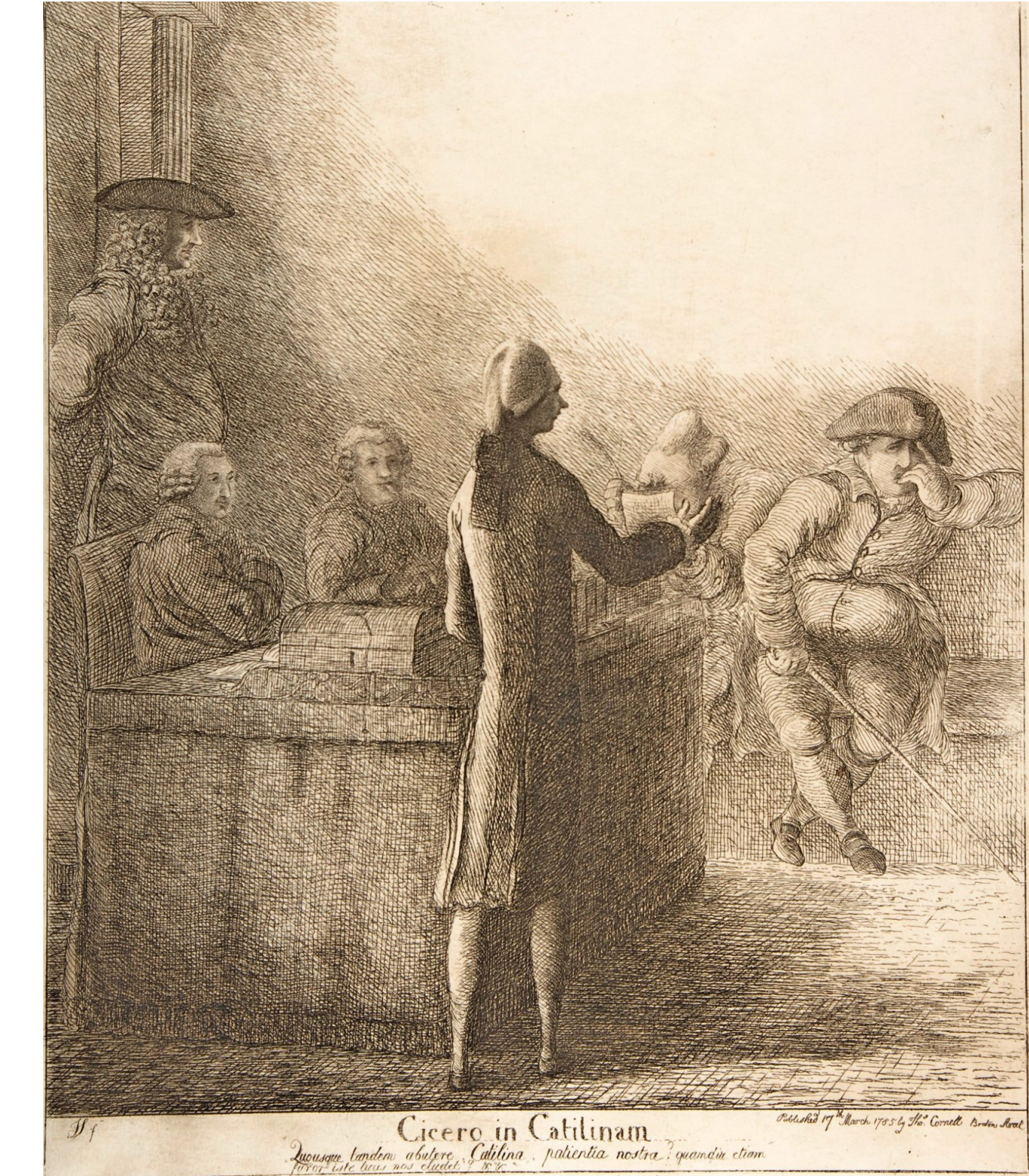
Bei der althistorischen Tagung, die unter dem Titel „Traditio und Innovatio. Der antike politische Diskurs über Neuerungen zwischen neoterismos und novus mos“ in Rostock stattfand, war nur in einem Vortrag und aufzählungsweise vom Zwölftafelgesetz die Rede. Bernhard Linke (Bochum) arbeitete sich erneut an Christian Meiers berühmtem Wort „Krise ohne Alternative“ ab, dem er bereits vor zwanzig Jahren die These einer Krise durch (zu viele) Alternativen entgegengesetzt hatte. Mit einer fulminanten Auf-leistung der bewusst initiierten Veränderungen ihrer Staatsordnung und Staatspraxis demonstrierte Linke die Innovationskraft der römischen Republik seit ihren Anfän-

gen und beschleunigt vom zweiten Jahr-hundert ihrer Existenz an. Durch sie brachten sich auch die „kleinen Leute“ zur Geltung, sah sich die Führungsschicht Mal um Mal umgepflegt, wurden die Rahmenbedingungen von Politik verändert.

Linke brachte seinen Befund auf die Formel einer „Republik der adaptiven Funktionalität“, und er hätte eine frühe Bestätigung im Geschichtsbild Catos des Älteren und Ciceros finden können, die beide die Ordnung der *res publica* nicht einem genialen Schöpfer zuschrieben, sondern sie als Kette von adäquaten Modifikationen rühmten. Das Jahrhundert von den Gracchen bis Caesar und damit die Frage, warum diese Fähigkeit ins Desaster der Selbstzerstörung führte, spar-te Linke aus. Vielleicht hatten sich im Laufe der Zeit einfach zu viele Optionen angesammelt, die Dinge so oder eben anders zu handhaben – so operiert Oliver Grote in seiner demnächst erscheinenden Regensburger Habilitations-schrift mit dem fruchtbaren Begriff der Potentialität.

Ob eine Gesellschaft gegenüber be-wusst implementierten Neuerungen fak-tisch offen oder reserviert ist, stellt nur eine Dimension der Frage dar. Den Ein-druck bestimmen die zahlreichen Belege für Letzteres in der antiken Literatur, die freilich nur spiegeln, wie teuer und prekär in ressourcenknappen und konflikthaltigen Formationen Stabilität fast immer ist. So wurde potentiellen griechischen Ty-rannen gern die Absicht unterstellt, das Land der Bürger neu verteilen und Schul-den handtreichartig tilgen zu wollen, während die Belege für durchgeführte Akte dieser Art höchst selten sind, wie Henning Börm (Rostock) vorführte. Als Catilina tatsächlich oder angeblich „tabulae novae“, also die Tilgung von Auf-zeichnungen über Schulden im Sinn hatte, sah er sich als schlimmster Umstürzer gebrandmarkt. Andererseits waren der göttlich sanktionierte Akt der Gründung einer Stadt und das Setzen einer friedens-stiftenden (Neu-)Ordnung hochge-schätzt, ebenso der „protos heurétés“, der Schöpfer einer nützlichen Neuerung auf einem Feld von Theorie oder Praxis. Doch diese wurden meist an einen zeit-lich fernen Anfang gestellt.

Die Faustformel, die Griechen und zu-mal die Athener seien gegenüber der Machbarkeit von Innovationen zumindest diskursiv aufgeschlossener gewesen als die Römer, denen einst Ronald Syme „any perception of the dogma of pro-gress“ absprach, wurde in Rostock nicht völlig verworfen, aber vielfach differen-ziert. So ruhte bei Aristophanes, den Hans Kopp (Köln) behandelte, die Denk-möglichkeit wildester Inversionen in einem konservativen Festhalten an den demokratischen Verfahren, das der Ko-mödiendichter mit den meisten seiner Mitbürger teilte, während aus der Sicht von Aristoteles, wie Karen Piepenbrink



Neuer Dinge begierig zu sein: Das war unter klassisch Gebildeten noch lange ein Vorwurf. In dieser Karikatur von James Sayers aus dem Jahr 1785 sagt die tadellose Haltung William Pitts in der Rolle Ciceros im Kontrast zu den catilinarisch verdrehten Gliedmaßen des Oppositionsführers Charles James Fox schon vor dem ersten Wort alles.

Foto The Metropolitan Museum of Art

(Gießen) darlegte, die politische Ord-nung zu den gewachsenen ökonomischen und sozialen Verhältnissen passen sollte, um disruptive Konflikte zu vermeiden.

Und immer wieder erwiesen sich die im Rückblick überdeutlichen Zäsuren zwischen den Formationen Roms als Testfälle, wie Neuerungen verhandelt wurden, etwa in den vom Augustus ge-setzten Exempla, die, wie Elisabeth Lupi (Rostock) demonstrierte, neu und zu-gleich für alle Zukunft gültig zu sein hat-ten. In der brillanten Spurensuche von Christina De Rentis (Rostock) wurde die Auflösung der in der Person ihres Präfek-ten einst so mächtigen Prätorianerkohor-ten im frühen vierten Jahrhundert nach Christus zum Musterbild der diskursiven Verunklung einer Neuerung, waren doch die „Scholae palatinae“ keineswegs bloßer Ersatz des alten Modells, sondern völlig anders geartet, nämlich vereinsmä-ßig strukturierte Organisationen aus Sol-daten und Zivilisten.

Winfried Schmitz (Bonn) fügte seinem seit Langem verfolgten Projekt, die politi-sche Formierung Spartas und Athens in

archaischer Zeit zu rekonstruieren, wel-che der vor fünfzig Jahren verstorbene Victor Ehrenberg jeweils einem „Neu-gründer des Staates“ zugeschrieben hatte, einen Baustein hinzu. An der Zusammen-setzung des Rates der Vierhundert und des Rates auf dem Areopag zeigte er, wie Solon Letzteren als Gericht von dreihun-dert vornehmen Athenern einrichtete, um den Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern Kylon nach dessen blutig gescheitertem Tyrannisversuch zu befrieden. Der andere Rat bestand aus adligen Mitgliedern, die zunächst in der Zahl von vierzig für ein Jahr als Amtsträger fun-gierten, um dann neun Jahre lang dem neuen Ratsgremium anzugehören. Inge-nios lässt Schmitz auch die Tyrannis des Peisistratos auf diesem Rat aufrufen: Je-nem sei es gelungen, in diesem eine Mehrheit von Anhängern und Verbünde-ten als Fundament seiner eigenen Vor-machtstellung zu organisieren. Erst Kleisthenes trennte die Rekrutierung für Ämter und Rat und ließ dessen Mitglieder in den lokalen Untergliederungen Athens durch Wahl bestimmen.

Eine Neuerung, die das Römische Reich gerade noch verkraftete, während sie ihrem Urheber am Ende schlecht be-kam, arbeitete Mischa Meier (Tübingen) im abschließenden Abendvortrag heraus, der zugleich eine Abschlagszah-lung auf seine Anfang nächsten Jahres erscheinende Biographie Neros darstell-te. Der letzte julisch-claudische Kaiser ordnete sein gesamtes Handeln bald der Idee unter, die eigene Existenz sei ganz und gar die eines Künstlers und mani-festiere sich in Inszenierungen („specta-cula“). So wie Nero sogar Mutter- und Verwandtenmord überhöhend auf die Schaubühne zu bringen wagte, folgte dann auch die Traditionsbildung dem fiktionalisierenden Vexierbild, richtete es jedoch gegen seinen Schöpfer. Das aus Neros Spiel mit der Kaisersrolle re-sultierende „totalisierende Kunstexperi-ment“ finde allein in den Opern Richard Wagners ein Pendant, wie Meier un-längst schon in einem Münchner Vor-trag ausgeführt hatte (F.A.Z. vom 30. Juli 2025); auch zu Wagner hat Meier publiziert. UWE WALTER

Gerechtigkeit ist eine Frage der Zeit

Im antiken Athen bezahlte der Staat Bürger, die sich politisch engagierten: Könnte das auch unsere Demokratie beleben?

Fragt man die Deutschen, warum sie sich nicht stärker ehrenamtlich engagieren, antworten zwei Drittel der nicht Engagierten: keine Zeit. Nichts als ein Vor-wand, könnte man meinen. Doch andere Studien belegen, dass sich tatsächlich vor allem diejenigen engagieren, die keine kleinen Kinder versorgen müssen, die nicht in Vollzeit arbeiten oder die zumin-dest ihre Arbeitszeit flexibel gestalten können. Von einer „Zeitelite“ aus Rent-nern, Teilzeiterwerbstätigen und Selb-ständigen spricht die Heinrich-Böll-Stif-tung mit Blick auf die beruflichen Hinter-gründe von Kommunalpolitikern.

Welche Folgen hat es für eine Demo-kratie, wenn die zeitlichen Ressourcen ihrer Bürger so ungleich verteilt sind? Und was kann die Politik womöglich da-gegen tun? In München lud die Althistori-kerin Tabea Meurer nun dazu ein, diese seit einigen Jahren verstärkt diskutierten Fragen in den Anfängen der westlichen Geschichte zu spiegeln. Am Historischen Kolleg, wo Meurer ein Jahr als Fellow ver-bringt, stellte sie Teilergebnisse ihres Ha-bilitationsvorhabens zu „Zeit und Politik im demokratischen Athen“ vor.

Die zeitliche Ungleichheit war im Athen des fünften und vierten Jahrhun-derts vor Christus ebenso groß wie die ökonomische. Während wenige Wohlha-bende sich ganz dem von Philosophen gepriesenen Müßiggang hingeben konn-ten, mussten die meisten Bürger einen Großteil ihres Lebens der Erwerbsarbeit widmen, von den politisch rechtlosen Frauen und Sklaven ganz zu schweigen. Debatten um eine „Vierzigstunden-“

oder gar eine „Viertagewoche“, Debat-ten also um die Regulierung der Arbeits-zeit, kamen damals gleichwohl nicht auf. Das Verständnis von einer politischen Steuerbarkeit der Wirtschaft war schließlich nur rudimentär ausgeprägt, und in private Arbeitsbeziehungen woll-te ohnehin niemand eingreifen.

Die politischen Folgen dieser zeitli-chen Ungleichgewichte beschäftigten die Zeitgenossen jedoch sehr wohl, wie Meurer zeigte. Denn die athenische De-mokratie beruhte nicht nur auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger. Sie war für ihr Funktionieren auch auf ein außergewöhnlich hohes Engage-ment des Einzelnen angewiesen. Mehr-mals im Monat sollten die athenischen

Männer in der Volksversammlung er-scheinen und darüber hinaus die per Los bestimmten Mitglieder von Beratungs-gremien und Gerichtsjurys stellen. Wer für das eigene Auskommen auf Erwerbs-arbeit angewiesen war, hatte dafür je-doch schlicht keine Zeit. Deswegen führten die Athener Mitte des fünften Jahrhunderts Tagegelder für den Besuch von Gerichtsverfahren, später auch von Volksversammlungen ein, die den Ven-dienstausfall kompensieren sollten.

Wer in der attischen Demokratie In-spiration für die Gegenwart sucht, wird am ehesten hier fündig. Auch heute ge-hören berufliche und familiäre Ver-pflichtungen zu den wesentlichen Grün-den, warum sich Menschen von der Poli-tik fernhalten. Dass deutlich mehr Männer als Frauen in Parteien aktiv sind, lässt sich unter anderem mit dem *gender leisure gap* erklären: Männer ha-ben durchschnittlich zwanzig bis vierzig Minuten mehr Freizeit pro Tag als Fra-uen, deren Sorgearbeit zudem selten am späten Nachmittag endet, wenn die Ortsvereinsitzungen beginnen. Und die Anliegen von älteren Menschen dürften politisch auch deshalb so präsent sein, weil Rentner die Kapazitäten haben, Bürgerinitiativen zu gründen und Dis-kussionsveranstaltungen zu besuchen. Zeitliche Ungleichgewichte bedingen politische Ungleichgewichte.

Manche fordern deswegen staatlich ge-förderte Sabbaticals für zivilgesellschaft-liches Engagement, etwa die Feministin Teresa Bücker in ihrem Bestseller „Al-le_Zeit“ von 2022. Jeder Bürger könnte

sich dann für ein paar Stunden im Monat oder für ein ganzes Jahr von seinem Beruf freistellen lassen, um politisch aktiv zu werden, zum Beispiel in Parteien oder in Bürgerräten. Analog zum bestehenden Elternzeitmodell würde der Staat einen Teil des Verdienstausfalls kompensieren. Den athenischen Tagegeldern für den Be-such politischer Versammlungen käme das erstaunlich nahe.

Im Zentrum von Meurers Vortrag stand freilich ein weiterer Mechanismus der Zeitgerechtigkeit. Aus dem späten fünften Jahrhundert präsentierte sie den Fund einer *klepsydra*, einer Uhr, die Zeit anhand des Ablaufs von Wasser aus einem Behälter in einen anderen maß, vergleichbar etwa modernen Sanduhren. Vor allem vor Gericht kamen solche Wasseruhren laut Meurer zum Einsatz und dienten dazu, die Redezeit verschie-dener Parteien aufeinander abzustim-men. Dass *klepsydrai* im Laufe des vier-ten Jahrhunderts immer wichtiger wur-den und den Prozessablauf immer stärker normierten, brachte Meurer mit dem gestiegenen Bewusstsein für soziale Ungleichheiten in Verbindung. So be-klagte der berühmte Gerichtsredner De-mosthenes, selbst ein Mitglied der Elite, dass „den Reichen nach eigenem Gut-dünken Zeit für die Prozessführung“ zur Verfügung stehe, was die nominelle Gleichberechtigung aller Bürger unter-laufe. Zeitliche Standardisierung diene der Herstellung von politischer wie rechtlicher Gleichheit.

Obgleich die Athener also Zeitfragen immer wieder mit Gerechtigkeitsfragen

verbanden, hatte die antike Debatte aus heutiger Sicht einen wenig überraschen-den, aber folgenreichen blinden Fleck. Denn so häufig auch der Gegensatz zwi-schen Arm und Reich zur Sprache kam und so sehr man auch bemüht war, des-sen zeitlichen und politischen Folgen abzumildern, so auffällig ist, dass es stets nur um Ungleichheiten zwischen politisch mündigen Vollbürgern ging. Dass Sklaven und Frauen ebenso wenig frei über ihre Zeit wie über die meisten anderen Dinge in ihrem Leben verfügen konnten, spielte hingegen keine Rolle.

Für die Frage der Anwendbarkeit der antiken Ansätze auf moderne Gesell-schaften hat dieser Unterschied gewich-tige Konsequenzen. Denn wenn der Staat seinen erwerbstätigen Bürgern mehr Zeit für Politik gibt, muss das heu-te wie damals zulasten der Erwerbs-arbeit gehen. Anders als im demokrati-schen Athen müssten solche staatlich geförderte Auszeiten heute aber nicht nur für männliche Vollbürger, also ledig-lich zehn bis zwanzig Prozent der Ein-wohner, sondern für alle Erwachsenen gelten. Die wirtschaftlichen Folgen wä-ren also ungleich gravierender. Sie lie-ßen sich auch nicht auf eine Masse von Sklavenarbeitern abwälzen.

Fördert der Staat das Engagement sei-ner Bürger also auf athenische Weise, könnte einer regeren Demokratie eine schrumpfende Wirtschaft gegenüberste-hen. Schon die Frage, wie viel Zeit ein jeder für die Politik haben sollte, ist so-mit eine Frage der politischen Prioritä-tensetzung. JANNIS KOLTERMANN

Er gewährt sich ein Ohr

Der Kriegsherr Trump
redet kaiserlich

Einmal ein Kaiser sein! Und ein römi-scher noch dazu! Einen solchen Ausruf kann man sich bei Donald Trump nach den bisherigen innenpolitischen wie au-ßenpolitischen Erfahrungen mit ihm in seiner zweiten Präsidentschaft durchaus vorstellen – nicht zuletzt während eines Flugs mit dem Präsidentenhelikopter zum Weißen Haus über Washington, einer Stadt, deren Gründer das antike Rom als Vorbild sahen und am Potomac ein „Neu-es Rom“ errichten wollten. Mit den re-publikanischen Idealen der amerikani-schen Gründerväter dürfte Trump aller-dings wenig gemein haben. Vielmehr scheint er sich – wenn auch sicherlich un-bewusst – ein Vorbild an den römischen Kaisern zu nehmen, allerdings weniger im Moment des militärischen Sieges als in dem der Niederlage.

Verfolgt man die Äußerungen des ame-rikanischen Präsidenten zum Verlauf sei-nes zweiten Feldzugs gegen den Iran, fal-len zunehmend Parallelen zur Kommu-nikation der Kaiser im alten Rom auf. Bereits Mitte März erklärte Trump: „Wir haben gewonnen.“ Einen Monat später: „Die Vereinigten Staaten haben das Mil-itär des Iran vollständig zerstört, ein-schließlich der gesamten Marine und Luftwaffe, und alles andere.“ Zu einem politischen Erfolg konnte Trump damit bislang allerdings nicht gelangen – weder bei den amerikanischen Verhandlungen mit der iranischen Führung noch bei den Amerikanern daheim, wo der Irankrieg inzwischen ähnlich unbeliebt ist wie zu-vor die Kriege im Irak und in Vietnam.

Wie zogen sich römische Kaiser, die mit ihren Feldzügen keine politischen Erfolge erringen konnten, aus der Affäre? Das hat der Passauer Althistoriker Oliver Stoll 2023 in einem Aufsatz untersucht („Aureo hamo piscari ...“ – „Fischen mit goldenem Haken“, Vom Risiko militärischer Nieder-lagen für den römischen Kaiser, in: „Ge-schichte wird von den Besiegten geschrie-ben“. Darstellung und Deutung militä-rischer Niederlagen in Antike und Mit-tel-alter. Hrsg. von Manuel Kamenzin und Simon Lentzsch, Campus Verlag). Der Aufsatztitel zitiert Augustus, der es „Fi-schen mit goldenem Haken“ nannte, wenn er der Meinung war, dass der Auf-wand höher war als der Gewinn.

Stoll beschreibt eine breite Palette kai-serlichen Verhaltens: von Verdrängen, Verschweigen, Umdeuten, Überschrei-ben, Vergessen und Kritisieren über Fei-ern falscher Triumphe und gespielte Wahrung des Scheins und „kaiserlicher Würde“ bis zur Bestrafung von Feldher-ren als Sündenböcken und zur Kritik an den Vorgängern. Auch emotionale Moti-ve hätten sich beobachten lassen, wie Angst, Rache und Eifersucht. Schon im kaiserlichen Rom konnte die Politik einer gegebenen Gegenwart durch die Art der Erzählung von und über Vergangenheit beeinflusst werden, durch diejenigen, welche die Macht und den Einfluss hat-ten, diese Erzählungen zu formen und auszuwählen beziehungsweise zu überlie-fern – im Sinne von: „Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangen-heit; wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft.“

Wie heute in Washington spielte schon damals in Rom das komplexe Gefüge des Akzeptanzsystems eine Rolle, wobei für Stoll insbesondere die Beziehungen zwis-chen Senat beziehungsweise senatori-scher Gesichtsschreibung und dem je-weiligen Kaiser für das Thema der Nie-derlagen und des Umgangs mit ihnen von Interesse ist. Hier sei es offensichtlich letztlich um Bewahrung und Stabilität, um Manipulation und Beeinflussung, um Machtrelationen, um Traditionen, poli-tische Normen und kulturelle Werte ge-gangen. „Erinnerungsanktionen“ hätten gegebenenfalls dazu gedient, Traditionen zu bewahren, Erwartungen und Werte der Gesellschaft zu sichern. Sie hätten als Formung der Vergangenheit, als Manipu-lationen fungiert und dabei geholfen, den politischen und sozialen Status quo zu be-wahren – in diesem Sinne betrachtet Stoll sie als „Resilienzphänomen“.

Wenn im Extremfall aus Verlierern im Nachhinein durch die eigenen Deut-ungseliten sogar Sieger gemacht wur-den, wenn versucht wurde, ihnen „ge-recht“ zu werden durch Informations-lenkung und Gesichtswahrung, dann stellte das nach Stolls Analyse als Modi-fikation eines realen Geschehens „Ge-dächtnispolitik“ dar – gegebenenfalls gegen historische Wahrheit und mittels der Konstruktion dessen, was wir dank Trump heute alternative Fakten nennen. Allgemein stellt Oliver Stoll in der His-toriographie eine sehr dynamische Ge-staltung der Vergangenheit und der mi-litärischen Niederlagen sowie ihrer Funktion in der jeweiligen Darstellung fest: Es gehe um die Bewertung von Kai-sern als Siegern oder Verlierern, um „gut“ oder „schlecht“, um die offensicht-liche Angst der Kaiser, als Gescheiterte dazustehen, und die genau dort entste-hende Möglichkeit für nachfolgende Principes, sich gegebenenfalls und gerade in politischen Umbruchsituationen auch durch Abgrenzung gegen den „vor-herigen Verlierer“ zu profilieren. Wem kommt all das heute mit Blick auf das „Neue Rom“ jenseits des Atlantiks nicht vertraut vor? THOMAS SPECKMANN



Postkolonialer Gemeinsinn: Paines „Common Sense“ auf Deutsch

Postkolonialer Widersinn: Wissen als Gegenstand trügerischer Kritik